

17. Wahlperiode

---

## Antrag

der Fraktion Die Linke

### **Verbraucherpolitische Strategie für Berlin partizipativ fortschreiben**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die im Jahr 2009 erarbeitete verbraucherpolitische Strategie in einem partizipativ angelegten Diskussionsprozess mit Bürger/-innen, Expert/-innen und Verwaltung (Foren, Fachgespräche, Befragungen, Workshops und via Internet) fortzuschreiben und das Ergebnis dem Abgeordnetenhaus von Berlin vorzulegen.

Dabei sind die bisherigen Zielstellungen weiter zu verfolgen:

1. Ausbau der Verbraucher/-innenrechte,
2. Verbesserung der Transparenz für Verbraucher/-innen,
3. Nachhaltigkeit im Verbraucher/-innenschutz und sozialökologische Modernisierung,
4. Ausrichtung der Verbraucher/-innenpolitik an der Realität der Einwanderungsgesellschaft,
5. Anforderungen an ein verbraucher/-innenfreundliches und transparentes Verwaltungshandeln.

Folgende Handlungsfelder sind bei der Fortschreibung einzubeziehen:

1. Zielgruppenorientierter Verbraucher/-innenschutz und Weiterentwicklung der Möglichkeiten des wohnortnahen und aufsuchenden Verbraucher/-innenschutzes (insbesondere für Menschen mit Zugängerschwernissen zu den allgemeinen An-

- geboten aufgrund von Sprachbarrieren, Bewegungseinschränkungen o. ä., Seniorinnen und Senioren, Jugendliche, Menschen mit geringen Einkommen),
2. Fragen der Lebensmittelsicherheit und ihrer strukturellen Verankerung in Berlin,
  3. Wirtschaftlicher Verbraucher/-innenschutz,
  4. Fragen des Verbraucher/-innenschutzes und der Verbraucher/-innensouveränität in der digitalen Welt,
  5. Wohnen und Mieten in Berlin, Stadtentwicklung und Verkehr,
  6. Preispolitik und Schutz von Verbraucher/-innen in den urbanen Infrastrukturen und Ver- und Entsorgungsbereichen,
  7. Schule und Bildung (Implementierung von Verbraucher/-innenbildung in den Berliner Schulplänen, an Volkshochschulen und in Kitas),
  8. Gesundheit, Pflege und Patient/-innenschutz,
  9. Unterstützung der Verbände und Institutionen des Verbraucher/-innenschutzes in Berlin und die Perspektiven der Strategie staatlicher Gewährleistung in diesem Politikfeld durch den Senat,
  10. Zusammenarbeit mit Brandenburg.

Der Senat wird aufgefordert, bis zum 31. März 2013 zu berichten.

***Begründung:***

Moderne Verbraucherpolitik besteht aus dem Dreiklang von Stärken, Informieren und Schützen. Im Jahr 2009 legte die damalige Verbraucherschutzsenatorin Katrin Lompscher eine verbraucherpolitische Strategie vor (vgl. Drs. 16/2680 vom 7.10.2009), die erkennbar eine zukunftsweisende und zielorientierte Verbraucherpolitik im Fokus hatte.

Der Senat von Berlin stellte in seiner Beantwortung der Kleinen Anfrage 17/10077 aus der Linksfraktion fest:

„Der Senat sieht in einer modernen Verbraucherpolitik einen Baustein für ein mehr an Lebensqualität in Berlin. Eine moderne Verbraucherpolitik stützt die soziale Marktwirtschaft, fördert den Wettbewerb, hilft den Verbraucherinnen und Verbrauchern bei der Wahrnehmung ihrer Rechte und stärkt den Standort Berlin. Ziel ist eine Berliner Verbraucherpolitik, welche den Anforderungen einer Bürgergesellschaft, der Berücksichtigung des Klimaschutzes, der wirtschaftlichen Entwicklung und der Krise der Finanzmärkte sowie der sozialen, interkulturellen und demografischen Besonderheiten der Berliner Verbraucherinnen und Verbraucher gerecht wird.“

Seither ist nichts passiert. Eine Fortschreibung der verbraucherpolitischen Strategie in einem partizipativ angelegten Diskussionsprozess mit den Bürger/-innen, Expert/-innen, Verbraucherverbänden und -institutionen und den verschiedenen Verwaltungen ist dringend notwendig und soll aufbauend auf die bisherige verbraucherpolitische Strategie die aktuell notwendigen Themenstellungen und Herausforderungen in der Berliner Politik zum Schutz von Verbraucher/-innen aufnehmen.

Berlin verfügt hierfür mit dem Verbrauchermonitor über eine sehr gute Datengrundlage. Die Finanzierung für die Jahre 2012 und 2013 wurde durch das Berliner Abgeordnetenhaus mit jeweils 60.000 Euro sichergestellt. Auch für einen partizipativen Prozess (insbesondere unter Einbeziehung von Internetplattformen) stehen dem Senat ausreichende Mittel zur Verfügung.

Der für Verbraucherschutz zuständigen Senatsverwaltung wurden für 2012 und 2013 jeweils 270.000 Euro für die Etablierung eines seit Ende 2011 fertigen Verbraucherportals sowie zur Errichtung eines Internetkompetenzzentrums (trotz Nichtvorliegen einer Konzeption) zusätzlich zur Verfügung gestellt.

Ziel muss sein, dass der Berliner Senat aus seinem seit 12 Monaten andauernden Dornröschenschlaf in der Verbraucherpolitik gerissen wird und die Berliner Stadtgesellschaft in die Weiterentwicklung der Verbraucherpolitischen Strategie einbezogen wird.

Berlin, d. 25. Oktober 2012

U. Wolf      Dr. Lederer  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Die Linke